

RSB Rhein-Neckar



Alstom Protestdemo am 29.06.2015 in Mannheim

Foto: helmut-roos@web.de

Alstom: Protest gegen verschärfte Angriffe Was tun?

H.N.

Nach der Betriebsversammlung, die am 29. Juni 2015 unterbrochen worden ist, hat erneut eine Protestdemo der Alstom-Belegschaft in Mannheim stattgefunden. Laut Presse beteiligten sich daran rund 800 KollegInnen. Solidarisch zeigten sich Delegationen aus anderen Alstom-Standorten (Bexbach, Stuttgart, Mainz-Kastel, Neumark...) und anderen Unternehmen (Bombardier, Daimler-Benz, John Deere...). Besonders erfreulich war die Beteiligung von streikenden KollegInnen der Post.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in der elften beziehungsweise zwölften Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* berichten wir erneut über die Proteste bei Alstom gegen die andauernden Angriffe des Managements.

Ferner veröffentlichen wir den Schlussteil von „Erfahrungen am Rand der Gesellschaft“, die Aufzeichnungen eines von Hartz IV Betroffenen. Zudem beleuchten wir erneut den Konflikt bei ICL / Giuliani und erstmals den Poststreik in der Region. Und zu guter Letzt ziehen wir - verspätet - eine Bilanz unseres Betriebs- und Gewerkschaftsseminars zu „Neue Formen der Ausbeutung“ und dokumentieren Auszüge aus dem Einleitungsreferat.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und eine gute Sommerzeit!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
01 Alstom: Der Zerschlagung entgegenzutreten!	05 Poststreik: „Lügen, Streikbruch und Sonntagsarbeit“
ERWERBSLOSIGKEIT	06 Seminar: Neue Formen der Ausbeutung
03 Hartz IV Erfahrungen am Rand der Gesellschaft (Teil III und Schluss)	TERMINE
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	08 Vorankündigung Sommerseminar des RSB Rhein-Neckar
04 ICL / Giuliani: Eine Zwischenbilanz	08 Termine

Alstom: Protest gegen verschärfte Angriffe Was tun?

Fortsetzung von Seite 1

Bei der Abschlusskundgebung auf dem Mannheimer Marktplatz sprachen unter anderem der Europabetriebsratsvorsitzende von Alstom, Kai Müller, der ehemalige Alstom-Betriebsratsvorsitzende Udo Belz und VertreterInnen des ICL/Giulini-Betriebsrats aus Ludwigshafen. Musikalische Unterstützung kam vom AlstomChor um Bernd Köhler. Geprägt waren Betriebsversammlung, Demo und Kundgebung von der scharfen Kritik am aktuellen Verhalten des Alstom-Managements.

Mannheim-Bexbach

Einen Tag später, am 30. Juni, nahmen rund 80 KollegInnen des Mannheimer

Werks an einer vorgezogenen Betriebsversammlung der Bexbacher Turbinenschauelfabrik teil. Laut Informationen aus der Belegschaft durfte die Mannheimer Delegation zunächst auf Anweisung der Geschäftsleitung nicht das Betriebsgelände betreten. Im Pfortnerhäuschen wurde offenbar die Mannheimer Betriebsratsvorsitzende Elisabeth Möller tätlich vom stellvertretenden Standortleiter angegriffen.

Die nach Bexbach gereisten Alstom-Manager der Sektorleitung forderten Berichten zufolge ultimativ vom örtlichen Betriebsrat, die Mannheimer KollegInnen nicht zur Betriebsversammlung zuzulassen. Dieser Versuch, in das Hausrecht des

Betriebsrats einzugreifen, scheiterte. Die Mannheimer Delegation zog unter lautstarken Beifall der bereits anwesenden KollegInnen in die Betriebsversammlung ein. Kurz zuvor hatte das Management die Fabrikhalle verlassen.

Im Mittelpunkt der Versammlung standen natürlich die 21 bisher dem Betriebsrat von der Standortleitung übergebenen Kündigungsanhörungen. Sie betreffen vor allem langjährige Beschäftigte der Bexbacher Fertigung. Daneben kam es zur Vorstellung eines vom Info-Institut (Saarbrücken) erarbeiteten Kompromissvorschlags zu den bei Alstom laufenden „Restrukturierungen“. Er ist allerdings bereits vom Management ab-

gelehnt worden. Vor allem aber wurden endlich auch einzelne Machenschaften der Konzernleitung gegen die SprecherInnen des Europäischen Betriebsrats und des deutschen Konzernbetriebsrats zur Sprache gebracht (unter anderem die Bespitzelung durch ein Detektivbüro).

JedeR, der hören wollte, hat nach dieser hochemotionalen Betriebsversammlung verstehen können, was die Stunde geschlagen hat. Die Angriffe auf Betriebsräte und Belegschaften verschärfen sich bereits vor der geplanten Übernahme durch General Electric (GE) massiv. Bexbach ist dabei offenbar die Blaupause für die drohende Zerschlagung des traditionsreichen Mannheimer Werks. ■

Wir dokumentieren nachstehend das Flugblatt, das vor der Alstom-Demo am 29. Juni von GenossInnen und UnterstützerInnen des RSB-Rhein-Neckar verteilt worden ist. Es schlägt Perspektiven für den härter werdenden Abwehrkampf vor.

**„ALSTOM: UNSERE EXISTENZ IST BEDROHT!
UNSERE CHANCE? RÉSISTANCE!**

Die Angriffe der Alstom-Konzernleitung auf unsere Existenz haben sich in den letzten Wochen erneut verschärft. Zwanzig Kündigungen in der Schauelfabrik Bexbach, unserem Schwesterverwerk, sind ein weiteres Alarmsignal. Offensichtlich geschehen diese Attacken auf unsere Arbeitsplätze in Absprache mit General Electric (GE).

Zwar steht die Genehmigung des Deals mit GE durch die EU-Kartellbehörde noch aus. Aber GE soll schon vor der formalen Übernahme von Alstom Power freie Fahrt bekommen - für weitere 'Maßnahmen' gegen uns und unsere Interessenvertretungen. Denn General Electric wird die von Alstom erworbenen Bereiche einem brutalen Gewinnmaximierungsplan unterwerfen. Dadurch soll der Kaufpreis schnellstmöglich wieder hereingeholt werden.

Das Alstom-Management führt unter Missachtung der Rechte von Betriebsräten und Belegschaften Arbeitsplatzabbau durch. Das geht bis hin zu Standortschließungen wie in Neumark. Dadurch vernichtet der Konzern weltweit einzigartige Erfahrungen und Fähigkeiten im besonders schwierigen Bereich des Kesselbaus. Dies schadet sogar dem Käufer GE.

Ausplündern und einschüchtern?

Seit dem Konflikt im Frühjahr 2014 (Abtransport der GT-24-Bauteile) versucht die Geschäftsleitung, uns systematisch einzuschüchtern und zu verwirren. Auch mit 'Mitarbeiter-Infos',

Auf Anweisung der Konzernleitung koordiniert seit einiger Zeit das 'Beratungsbüro' Hoss diese Angriffe gegen uns und unsere Betriebsräte. Es heißt, dass sich Alstom diese 'schmutzigen Dienste' etwa 50.000 € jeden Monat kosten lässt. Auf die Dauer hochgerechnet könnten dafür einige junge KollegInnen fest übernommen werden oder Arbeitsplätze etwa in Bexbach gesichert werden.

Für die jahrelange Ausplünderung und die Zerschlagung von Alstom belohnen sich die Aktionäre und das Management. Zusätzlich rund 4 Milliarden € sollen in ihre prall gefüllten Taschen fließen.

Der Löwenanteil soll an den Multimilliardär und Hauptaktionär Bouygues gehen. Kron, der Konzernboss, soll einen Zusatzbonus von über 4 Millionen € erhalten, 2.000 Konzernmanager insgesamt 60 Millionen €.

Das ist genau genommen unser Geld! Wir benötigen es dringend für die Sicherung unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Unsere Rechte verteidigen!

Bereits vor zehn Jahren, am 11. Juli 2005, haben unser Käfertaler Betriebsrat und unsere IGM-Vertrauenskörperleitung in ihrem Mannheimer Appell zum 'Widerstand gegen 'Globalisierung' und Arbeitsplatzabbau!' aufgerufen.

Dort heißt es unter anderem: 'Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: <Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.>

(Artikel 14 GG.)'

Im Mannheimer Appell heißt es weiter: 'Die Belegschaft von Alstom Power wehrt sich gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung mit aller Entschiedenheit. Genauso leisten viele Kolleginnen und Kollegen in anderen bedrohten Betrieben Widerstand.

Was jedoch fehlt, das ist eine betriebsübergreifende Gegenwehr und ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. [...]

Wir rufen deshalb alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg!

Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen! Unterstützen wir aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau - ob bei Alstom oder anderswo!

Gemeinsam sind wir stark!

Hunderte von KollegInnen sind am Freitag, dem 19. Juni 2015, an das Tor 1 gekommen. Sie haben anlässlich des Werksbesuchs der Politiker Kurz und Fulst-Blei ihre Kampfbereitschaft deutlich gemacht. Morgen früh werden zahlreiche KollegInnen aus Solidarität zur Betriebsversammlung nach Bexbach fahren.

Wir müssen wie bisher auf die eigene Kraft bauen. Nur durch die aktive und entschlossene Wahrnehmung unserer Rechte können wir unsere Existenz verteidigen. Auch deshalb sollten sich die noch nicht organisierten KollegInnen der IG Metall anschließen. Das ist besonders mit Blick auf GE wichtig. Denn GE will keine

funktionierenden Betriebsräte und keine wirksame Tarifbindung.

Unsere Widerstand verstärken!

Die Zukunftsperspektiven des globalen Kraftwerksgeschäftes sind hervorragend. Nicht zuletzt deshalb hat sich GE zum Kauf der Power-Sparte von Alstom entschieden.

Unsere Forderungen sind klar: Verteidigung aller Standorte, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Erhalt der Tarifverträge und Betriebsratsstrukturen!

Wir müssen aber unsere Existenz angesichts der verschärften Angriffe noch aktiver als bisher beschützen. Im Zweifelsfall an allen Werkstoren - und nicht nur am Tor 8 wie 2014.

Unsere Alternativen sind besser!

1. Arbeit und Ausbildung haben Vorrang vor Profiten. Deshalb: - Ja zu einer verbindlichen und unbefristeten Beschäftigungsgarantie für uns alle! Für ein Verbot von Entlassungen!

2. Im Gegensatz zum Finanzsektor sind unsere Produkte und Dienstleistungen von enormer gesellschaftlicher Bedeutung. Gerade angesichts der stockenden Energiewende. Deshalb:

- Ja zu einem staatlichen Schutzschirm für uns und unsere Standorte!

3. Unser Wissen und unsere Arbeit - ob im Büro, im Service oder in der Fabrik - ermöglichen die Erzeugung von Werten. Deshalb:

- Ja zum Ausbau unserer Kontroll- und Vetorechte im Betrieb und im Konzern!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!"

Meine Erlebnisse mit Hartz IV.

Oder:

Wie es sich am Rande der Gesellschaft lebt (Teil III)

Fortsetzung und Ende des Artikels aus *Avanti*² Nr. 9 und 10 von Mai und Juni 2015

R.G.

Das „Intergrations“- Projekt (Bewerbingstraining für über 50-jährige Erwerbslose) blieb für alle folgenlos. Ich kannte jedenfalls keinen, der dadurch einen Job bekommen hätte.

Danach ging die Misere mit den Zeitarbeitsfirmen los. Angebote wie Drei-Schicht als Verpacker / Kommissionierer mit einem Verdienst von 1200 Euro brutto brachten mich in Rage.

Als ich den Sachbearbeiter fragte, wie mensch davon leben solle und ihn dabei ungläubig anguckte, zuckte er nur mit den Schultern und verließ den Raum. Ich kochte vor Wut.

Ein anders mal wurde ich bei einer Bewerbung gefragt ob ich in der Gewerkschaft sei. „Natürlich!“, sagte ich daraufhin, und durfte anschließend den Raum verlassen.

In einem Land, wie dem unserem, das ein Bruttoinlandsprodukt von 2,1 Billionen Euro im Jahre 2012 erwirt-

schafet hat, ist es asozial mit Arbeitssuchenden so umzugehen.

Ein Beispiel, um einen Begriff von den Dimensionen zu bekommen: Die Erben des verstorbenen Aldi-Gründers Karl Albrecht kommen mit 21,3 Milliarden Dollar auf Platz 37 der „Forbes-Liste“ der Multimilliardäre. Selbst, wenn sie jeden Tag eine Million Euro ausgeben würden, hätten sie erst in 58,4 Jahren dieses Vermögen verprasst. Aber es kommt ja jeden Tag neuer Profit hinzu.

Alle meine Erlebnisse und Themen konnte ich mit der Gruppe diskutieren. Hier zeichnet sich besonders aus, dass in dieser Gruppe viel Praxis gemacht wird. Meine GenossInnen kennen aus langjähriger Erfahrung die Realität. Sie labern nicht abstrakte, radikale Phrasen. Genau dies hat mir unheimlich viel geholfen. Ich kenne viele Gruppen - auch aus dem selben Verein - denen kann ich nur die hiesige Organisation empfehlen.

Ihr Linken, geht mal weg von Eu-

ren Computern. Geht zur Basis! Geht mal zu den Erwerbslosen, zu den prekären Beschäftigten. Denn die Basis ist immer noch die ArbeiterInnenklasse in allen ihren Facetten.

Es hilft nicht, ellenlange Artikel in Euren linken Zeitungen zu schreiben. Die liest sowieso kaum ein Mensch. Setzt Euch lieber mit der sozialen Realität auseinander und engagiert Euch im harträckigen sozialen Widerstand.

Ich werde jedenfalls weiterhin versuchen, mit den Erwerbslosen in Kontakt zu bleiben, die Suppenküchen aufzusuchen, die Tafeln und so weiter.

Zum Schluss noch etwas Satirisches von Werner Lutz aus der Zeitung *Strassen-Gazette* vom März 2015, ein Glückwunsch-Schreiben zu „Zehn Jahre Hartz IV“:

„Sehr geehrte Frau Loose, wir beglückwünschen Sie hiermit zu Ihrem persönlichen Erfolg, die ersten zehn Jahre Hartz IV überlebt zu haben. Viele, die mit Ihnen vor zehn Jahren Leistungsempfänger wurden, haben es leider nicht überlebt. Was wir Ihnen damals bei Inkrafttreten übrigens verheimlicht haben, ist die Tatsache, dass Hartz IV als großes Testprogramm für das künftige 'soziale Endlager' Deutschland, konzipiert worden ist.

Zusammenfassend freuen wir uns jetzt, Ihnen mitteilen zu können, dass sich Hartz IV dafür hervorragend eignet.

Sogenannte Sozialschmarotzer wie auch Sie wurden nämlich gezwungen mit Hartz IV zwar nicht leben zu lernen, aber die Zeit irgendwie herumbzubringen. Dass dabei ein Leben mit menschlicher Würde und ausreichender existenzieller Sicherung auf der Strecke bleibt, war den Initiatoren selbstverständlich klar und ist auch erklärte Zielsetzung.

Aber modern denkende und anpassungsfähige Menschen wie Sie haben es mit sportlichem Ehrgeiz geschafft, in den letzten Jahren einen erfolgreichen Überlebenskampf zu gestalten. Dazu gehören, wie Sie wissen, heute nicht nur der Aufenthalt in Wärmestuben oder das Wühlen in

Mülleimern, sondern auch das abenteuerliche und freie Leben auf der Straße.

In ihrer großen sozialen Verantwortung haben SPD und Grüne als Wegbereiter von Hartz IV übrigens auch das Flaschenpfand erfunden, das nicht nur einen Sinn im Leben gibt, sondern nebenbei die Städte sauber hält.

Wir hatten ursprünglich geplant, Sie und alle weiteren Hartz IV-Empfänger zu einem Gesundheitscheck einzuladen, ersparen uns dies aber nach gründlicher Überlegung zu unserer eigenen Sicherheit.

In diesem Sinn wünschen wir Ihnen weiterhin einen angenehmen Leistungsverlauf.

Ihr Fallmanager.“

Schon Ton Steine Scherben sangen im 1971 veröffentlichten Album „Warum geht es mir so dreckig?“

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich ?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich !
Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich ?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich !

Ich verkauf dir meine Hände, ich verkauf dir meinen Kopf.

Ich versprech dir, nicht viel zu denken, und ich schau dir nicht in deinen Topf.

Für mich bist du der Engel, der uns Armen Arbeit gibt.

Ohne dich wär ich verhungert, ich bin froh, daß es dich gibt.

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich ?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich !
Sklavenhändler, geh zum Telefon.
Hörst du nicht, es klingelt schon.

Und wenn ich sieben fuffzich verdiene, geb ich dir drei fuffzich ab.

Ich brauch nur was zu essen und vielleicht ein bißchen Schnaps.

Ich brauch überhaupt nicht viel Geld, denn ich bin ein schlechter Mensch.

Ich hab mein ganzes Leben nichts gelernt, außer daß man besser die Fresse hält.

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich ?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich !
Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich ?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich !



ICL / Giuliani: Sommerpause der Toraktionen

K.L.

Vor über einem Jahr kündigte die ICL-Konzernleitung um Stefan Borgas im Auftrag des Multimilliardärs Ofer die Zerschlagung des hochprofitablen Standorts Ludwigshafen an. Ein Bestandteil dieser Kahlchlagsstrategie ist auch die Verlagerung der Bereiche Personal und Finanzen in das Steuerparadies Amsterdam.

Betriebsrat und Belegschaft protestierten gegen diese Pläne mit Ausdauer. Unter anderem organisierten sie über ein Jahr lang in zweiwöchentlichem Rhythmus „aktive Mittagspausen“. Jetzt steht eine Sommerpause

dieser Aktionen vor den Werkstoren sowohl in Ludwigshafen als auch in Ladenburg an. Die Hartnäckigkeit der Gegenwehr verdient umso mehr Respekt, als die Geschäftsleitung mit den verschiedensten Störmanövern diesen Protest abzuwürgen versuchte.

Eine kurze Zwischenbilanz

Zwar konnten die Verkäufe letztlich nicht verhindert werden. Die Bereiche Pharma-Kosmetik, Aluminium-Salze, Wasserbehandlung, Gips, Kunststoff für Schuhproduktionskappen sowie Chemikalien für die Papierherstellung sind mittlerweile an Investoren beziehungsweise an Konkurrenten überge-

gangen.

In Ludwigshafen konnte das Management allerdings den Infrastrukturbereich mit rund 100 Beschäftigten bisher noch nicht verkaufen.

Dem ICL-Betriebsrat gelang es mit der anhaltenden Unterstützung durch große Teile der Belegschaft, gewisse Mindestbedingungen für die betroffenen Bereiche und die dort arbeitenden KollegInnen durchzusetzen (Erhalt der Tarifbindung, Bildung von Betriebsräten, keine betriebsbedingten Kündigungen...). Das ist unter den gegebenen Bedingungen der kapitalistischen Offensive kein kleiner Erfolg.

Am Standort Ladenburg ist der Ge-

schäftsbereich Phosphat mit derzeit rund 400 Beschäftigten noch nicht von weitergehenden „Restrukturierungen“ betroffen. Aber in Betriebsratskreisen wird auch eine Schwächung dieses nordbadischen Produktionsstandortes befürchtet.

Aktuell wird es für die Betriebsrats-KollegInnen darum gehen, eine Standortkoordination nicht nur der einzelnen sich jetzt herausbildenden neuen BR-Gremien, sondern auch des gewerkschaftlichen Aktivenkreises aufzubauen. Der Kampf geht weiter... ■



Protestaktion bei ICL Ludwigshafen

Post-Streik: „Lügen, Streikbruch und illegale Sonntagsarbeit“

V.K.

Wie uns streikende KollegInnen der Deutschen Post berichten, geht der Konzern den Arbeitskampf gegen Ausgliederungen von Postdiensten in Billigtarife auch in der

Rhein-Neckar hart an. Das Motto nach dem das Management verfare, könne gut mit dem Spruch „legal, illegal, ...egal“ umschrieben werden. Mit „Lügen, Streikbruch und illegaler Sonntagsarbeit“ versuche die Geschäftsleitung, den Post-Streik zu

unterlaufen. Kritik aus den Reihen von Post-KollegInnen gibt es aber auch an ver.di. Zu zögerlich sei die Streik-Taktik, zu wenig Unterstützung komme von anderen ver.di-Fachbereichen und den übrigen DGB-Gewerkschaften. Besonders die

Streikposten beispielsweise vor den großen Briefverteilzentren müssten massiv gestärkt werden, um Streikbruch besser bekämpfen zu können. Auch hier gilt: „Solidarität ist machbar!“ ■

Dokumentation der Solidaritätserklärung des IGM-Vertrauenskörpers von Alstom Mannheim mit den Streikenden der Post

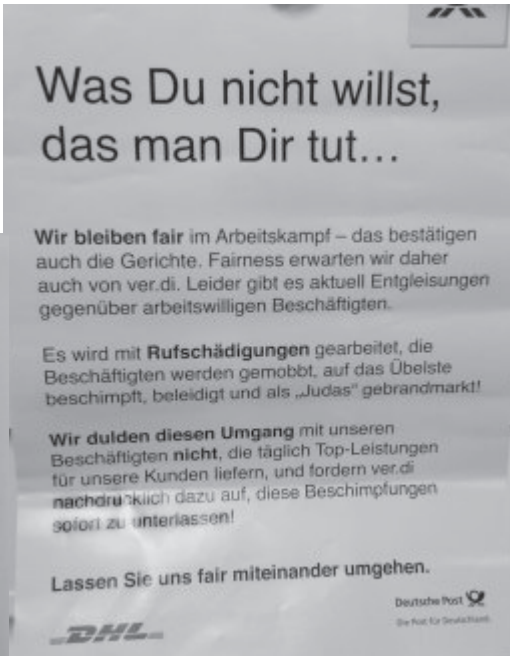
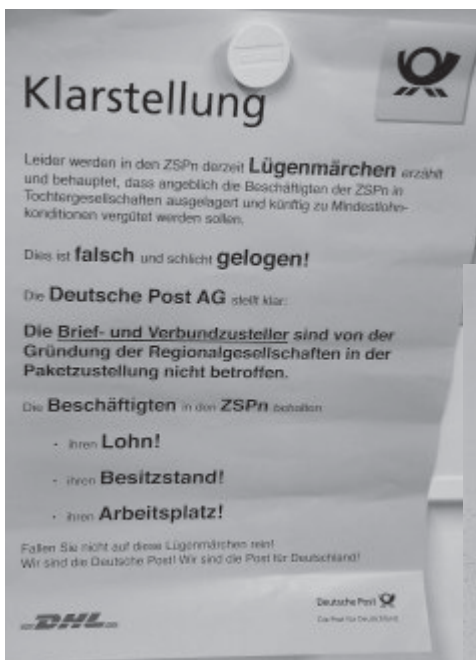
„Solidaritätserklärung

An die Streikenden der Deutschen Post AG

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen Eure Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich und einer Entgelt-erhöhung von 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die von der Post AG geplante Umwandlung fester Arbeitsverträge in prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse ist nicht hinnehmbar. Unternehmen, zumal privatisierte ehemalige Staatsunternehmen, müssen auch hierzulande endlich aner-

kennen, dass Beschäftigte nicht mehr länger bereit sind, als Opferlämmer für Gewinnmaximierung zu dienen, während sich gleichzeitig Vorstände und Aktionäre hemmungslos die Taschen füllen. Mittlerweile geht es nicht nur um Lohn für gute Arbeit, sondern auch um die Anerkennung unserer aller Leistungen in diesem Land. Wir erwirtschaften das, was Manager und Aktionäre für sich beanspruchen. Deshalb unterstützen wir Eure Forderungen uneingeschränkt. Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Solidarische Grüße
IGM-Vertrauenskörper der Firma Alstom Mannheim, 15. Juni 2015“



Rückblick auf unser Seminar „Formen der Ausbeutung“

B.G.

Am 25. April 2015 fand ein weiteres Betriebs- und Gewerkschaftsseminar des RSB Rhein-Neckar statt. Gewerkschaftlich aktive KollegInnen und GenossInnen aus der IG BCE, der IG Metall und von ver.di beteiligten sich an der inhaltlich vollgepackten Tagung.

In der sehr positiven Bilanzrunde zum Abschluss des Seminars kam die einhellig begrüßte Idee auf, sich im Herbst bei einem Nachfolgetreffen mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung auseinanderzusetzen. Wir dokumentieren im Folgenden zunächst Auszüge aus dem Einleitungsreferat.

Formen der Ausbeutung – eine kurze Einführung [K.O.]

Vorbemerkungen

Was ist „Ausbeutung“?

Die allgemeine Definition nach dem Duden lautet: Sachen oder Personen ausnutzen.

Ausbeutung im marxistischen Sinne ist die unvergütete Aneignung von fremder Arbeitskraft.

Den Arbeitenden wird etwas weggenommen, ohne dass sie den Gegenwert dafür erhalten. Also handelt es sich faktisch um Diebstahl.

Damit dies überhaupt möglich ist, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der ausgebeutete Mensch muss nicht seine gesamte Arbeitskraft einsetzen, um sein eigenes Überleben zu sichern, also für notwendige Arbeit. Denn würden ihm dauerhaft Produkte seiner notwendigen Arbeit abgepresst, könnte er seine Arbeitskraft nicht erhalten.
- Er muss also neben der notwendigen Arbeit Mehrarbeit leisten, die sich jemand anders aneignen kann.
- Bezogen auf die Gesellschaft heißt das: Sie ist in der Lage, ein gesellschaftliches Mehrprodukt zu erzeugen, das zur Aneignung zur Verfügung steht.
- Voraussetzung hierfür ist ein gewisses Maß an Produktivität.

Es ist also ein bestimmter Stand der Produktivkräfte notwendig. Unter Produktivkräften versteht man alle Mittel, die einer Gesellschaft für die Produktion und Reproduktion zur Verfügung stehen:

- Technik bzw. Technologie
- die Arbeitskraft mit den ihr innewohnenden Fähigkeiten und Qualifikationen sowie
- Wissen.
- Und im weiteren Sinne auch: (erschlossene) Rohstoffe und Energiequellen sowie die Infrastruktur.

Klassengesellschaften

Ein gesellschaftliches Mehrprodukt, also ein von den ProduzentInnen geschaffener Überschuss, war Voraussetzung dafür, dass Klassengesellschaften entstehen konnten. Denn:

- Hierdurch wurde gesellschaftliche Arbeitsteilung möglich. Nicht alle müssen für ihren eigenen Lebensunterhalt arbeiten.
- Hierdurch wurde Ungleichheit möglich:
- Nicht mehr selbst arbeiten, sondern andere für sich arbeiten lassen.
- Nicht alle profitieren gleichermaßen vom gesellschaftlichen Überschuss.
- Es sind antagonistische Klassen entstanden, also Klassen, die entgegengesetzte Interessen haben.

In der Geschichte hat es verschiedene Formen von Klassengesellschaften gegeben. Gemein ist ihnen, dass es in ihnen produzierende und herrschende Klassen gegeben hat. Die herrschende Klasse ist in der Lage, der produzierenden Klasse Mehrarbeit abzupressen.

Die Gegensätze von reich und arm oder besitzend und nicht besitzend

sind durch Ausbeutung zu erklären.

Dass ein Teil der Bevölkerung nicht mehr für das eigene Überleben arbeiten muss, war gleichzeitig Voraussetzung für die Entwicklung der Zivilisation, für Wissenschaft und Kunst, für die Weiterentwicklung von Technik und Wissen – und damit auch der immer weiter ansteigenden Arbeitsproduktivität. Die Produktivkräfte wurden im Laufe der Geschichte immer weiter entwickelt. Der Kapitalismus hat ihre Entwicklung erheblich beschleunigt. Aber zunächst die wesentlichen Formen der Ausbeutung die dem Kapitalismus vorausgingen:

Vor dem Kapitalismus hat die metallzeitliche Revolution dazu geführt, dass aus einer egalitären Gesellschaft mit frei zusammengeschlossenen ProduzentInnen ab ca. 4.000 v. Chr. die erste Klassengesellschaft entstand. [...]

Neuzeit: Kapitalismus

Es entwickelten sich kapitalistische Elemente in der Warenproduktion. Die Kleinproduktion wurde mechanisiert. In der Landwirtschaft führten Hilfsmittel wie Erntemaschinen zu größerer Effizienz der Arbeit. Wasserkraft wurde genutzt. Es entstanden Mühlen und Sägewerke. Der Übergang von handwerklicher Produktion und Handarbeit zu maschineller Produktion begann.

Der Feudalismus wurde zur Fessel für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Mit der bürgerlichen Revolution, sie begann im 17. Jahrhundert in England, änderten sich die grundlegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse erneut. Und damit die Form der Ausbeutung.

Die neue herrschende Klasse ist die Bourgeoisie, das Großbürgertum. Die neue produzierende Klasse, die ihr unvereinbar gegenüber steht, ist das Proletariat, die ArbeiterInnenklasse.

Die wichtigsten gesellschaftlichen Produktionsmittel sind in den Händen der Bourgeoisie. Das Proletariat besitzt nur seine Arbeitskraft, die es als Ware einsetzen muss, um den Lebensunterhalt zu sichern. Das vorherrschende Produktionsverhältnis ist die Lohnarbeit.

LohnarbeiterInnen sind in einem doppelten Sinne frei: Sie besitzen bürgerliche Freiheiten und sind befreit von feudalistischen und ständischen Fesseln. Sie sind aber gleichzeitig auch frei von Produktionsmitteln.

Die Bourgeoisie und die Lohnabhängigen treten sich als vorgeblich gleichgestellte VerhandlungspartnerInnen gegenüber. Tatsächlich bleibt den Lohnabhängigen aufgrund ökonomischer Zwänge aber nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Die Lohnabhängigen werden ausgebeutet, indem sie nicht den tatsächlichen Gegenwert für ihre Arbeitskraft erhalten. Sie arbeiten länger, als sie es für ihre eigene Reproduktion müssten, erhalten jedoch nur den hierfür erforderlichen Lohn. Das, was sie in der zusätzlichen Arbeitszeit produzieren, das Produkt ihrer Mehrarbeit - den Mehrwert - eignet sich der Kapitalist an.

Anders als der Sklavenhalter ist der Kapitalist für das Überleben der LohnarbeiterInnen nicht verantwortlich. Da die ProletarierInnen frei sind,

obliegt ihnen auch die Verantwortung, ihr Überleben zu sichern. Der angeblich umfassende Einfluss der Lohnabhängigen auf die Gestaltung ihres eigenen Lebens samt dem Erlangen von Glück und Wohlstand und die daraus resultierende Eigenverantwortung machen Lohnarbeit effektiver als Sklaven- oder Fronarbeit.

Jedenfalls, wenn es um die Weiterentwicklung der Produktivkräfte geht. Mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden sind jedoch auch periodisch wiederkehrende Krisen.

Unterschiedliche Formen der Ausbeutung innerhalb des Kapitalismus

Mit dem Kapitalismus schreitet die Steigerung der Produktivität in immer schnelleren Schritten voran. Und damit auch die Steigerung des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Nur kommt dieser stetig wachsende Reichtum nur einer kleinen Minderheit zugute. Mit der Steigerung der Produktivität ändern sich die Arbeitsanforderungen. Damit ändern sich auch innerhalb des Kapitalismus die speziellen Formen der Ausbeutung.

Auch Krisen und Ereignisse wie Kriege führen zu Veränderungen in den Formen der Ausbeutung. Nicht zuletzt reagieren die Herrschenden auch auf die Kämpfe der Lohnabhängigen und ergreifen Gegenmaßnahmen, um die Kräfteverhältnisse in ihrem Sinne zu verändern.

Hier spielt auch der Staat als Garant der herrschenden Verhältnisse eine wesentliche Rolle.

[...]

Die Ausbeutung im Kapitalismus hat in Deutschland seit Beginn die folgende Entwicklung genommen:

Der frühe Kapitalismus war geprägt von Pauperisierung, das heißt, der strukturell bedingten, längerfristigen Armut weiter Teile der Bevölkerung zur Zeit der Frühindustrialisierung während des Übergangs von der Ständegesellschaft zur Industriegesellschaft.

Es entstanden Fabriken und Großbetriebe und ein erstes Proletariat, das völlig von diesen abhängig war-

- Abhängigkeit und Ausbeutung z.B. beim wohnen (Wohnraum gebunden an den Arbeitsplatz und Wohlverhalten – (keine Streiks u. ä.)
- Niedrigste Entlohnung bei unvorstellbaren Arbeitsbedingungen
- Massive Repressalien bei z.B. Streiks, Organisierung

Mit dem Fortschreiten der industriellen Entwicklung fanden zunehmend Konzentrationsprozesse in der Produktion statt.

[...]

Ab der Machtergreifung der Faschisten 1933 wurden die Systeme der Ausbeutung dann erneut verschärft mit Gründung der DAF (Deutsche Arbeitsfront) im Mai 1933. Die Gewerkschaften wurden zwangsweise aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt. Alle Beschäftigten mussten seit Gründung der DAF ein Arbeitsbuch haben, ein entsprechender Zwangsmitgliedsbeitrag wurde direkt vom Lohn abgezogen.

Die nun scheinbare Sicherheit des Arbeitsplatzes ließ keinerlei Widerstand auf betrieblicher Ebene mehr aufkommen. Durch „Nationalsozialistische Musterbetriebe“ wurde die Produktion innerhalb der Industrie jetzt unter anderem mit Methoden von REFA ([...] Reichsausschuß für Arbeitsstudien) bereits auf Rüstungsproduktion umgestellt.

Die Methoden hatten sich ja schon in der Zeit vor und während des 1. Weltkrieges als enorm lukrativ erwiesen. Mit dem Beginn des 2. Weltkrieges wurden durch die Faschisten dann neue zusätzliche Systeme der Ausbeutung installiert: Einerseits wurde, in geringerem Maße als im 1. Weltkrieg, auf Frauen mit den gleichen Methoden zurückgegriffen.

Andererseits wurde erneut ein System der Sklaverei eingeführt mit Zwangsarbeiterinnen in Industriebetrieben [...] [bzw. Häftlingen in Konzentrationslagern], unter dem Motto „Vernichtung durch Arbeit“, welches ein Maximum an [brutalster] Ausbeutung und Profit bedeutete.

Nach dem 2. Weltkrieg stand der Wiederaufbau an, und es wurden viele Arbeitskräfte benötigt. Ab 1947 standen Gelder aus dem Marshallplan zur Verfügung. Die deutsche Wirtschaft wuchs schnell und nachhaltig. Die Unternehmen machten gute Gewinne, die sie wieder investierten. Auch der Export spielte dabei eine wichtige Rolle.

Auch die Einkommen der Lohnabhängigen stiegen. Ebenso ihr Lebensstandard. Der Staat hatte die Aufgabe, einen Interessensausgleich zwischen den Klassen herzustellen. In den 1970er Jahren endete diese Phase der [...] „sozialen Marktwirtschaft“, die nur wegen den gegebenen historischen Be-

dingungen möglich war.

Es folgte eine Krise des Kapitalismus, die bis heute andauert, mit Massenerwerbslosigkeit und tendenziell sinkender Profitrate.

Dies ist der Eintritt in die Phase des Neoliberalismus, einer Strategie der Herrschenden, um ihre Profite aufrecht zu erhalten.

[...]

Es entstehen im Sinne des Neoliberalismus neue Formen der Ausbeutung durch Maßnahmen, die den Profit zu erhöhen sollen:

- Aufspaltung von Unternehmen in kleinste Einheiten – und damit auch Verhinderung bzw. Erschwerung kollektiver Gegenwehr
- Gleichzeitig Konzentration des Kapitals: immer weniger immer größere Konzerne
- Umstrukturierung durch Zukäufe und Verkäufe etc.
- Optimierung von Prozessen
- Einsatz von neuer, immer teurerer Technologie, insbesondere auch Informationstechnologie
- Ständige Veränderung von Arbeitsprozessen

[...]

Damit verbunden waren bzw. sind:

- Aufgabe des Interessenausgleichs / der Integration und Verschärfung der Ausbeutung
 - Einführung der "Agenda 2010" und damit eines Niedriglohnsektors und Hartz IV
 - Fortschreitende Individualisierung und Entsolidarisierung unter den Lohnabhängigen
 - Gegeneinander Auspielen der Lohnabhängigen
- [...]
- Beginn der Einführung einer Agenda 2020

[...]

Bislang gibt es dagegen keinen adäquaten Widerstand – weder in Deutschland noch international. ■

TIPP

Einige Literaturhinweise aus dem Einleitungsreferat

Jürgen Kuczynski,
Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland,
Dietz 1954, in 3 Bänden

Oskar Stillich,
Ausbeutungssysteme.
Buchreihe: Die Gewerkschaftsschule Band 2;
Thüringer Verlagsanstalt, Jena 1925

Arthur Rosenberg,
Demokratie und Klassenkampf im Altertum.
Bielefeld 1921.
Neuaufgabe Ahriman Verlag, Freiburg 2007,
ISBN 978-3-8948-4810-1

Bernhard Brosius
Strukturen der Geschichte
Eine Einführung in den Historischen Materialismus
ISP 2007,
ISBN 978-3-89900-122-8

Ernest Mandel
Einführung in den Marxismus
ISP 2008
ISBN 978-3-89900-004-7

Karl Marx,
Das Kapital Bd. 1-3.
MEW(Bd. 23-25)

Theorien über den Mehrwert.
Hrsg. Karl Kautsky.
Internationale Bibliothek 35 - 38. 1919

Vorankündigung

Sommerseminar (19.-20.09.2015): „Keine Alternativen zur verordneten' Alternativlosigkeit'?“

Von Antonio Gramsci (1891-1937) stammt der Satz: „Eine Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann.“

Die BefürworterInnen des Kapitalismus stellen trotz der tiefsten Krise seit 1929 das Profitsystem und ihre neoliberale Politik als „alternativlos“ dar. Diese Propaganda wirkt bis weit in die Reihen der Gewerkschaften und der Linken.

Um so wichtiger ist es, sich über Alternativen zur Herrschaft des Kapitals und über Voraussetzungen für einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen klar zu werden.

Darüber möchten wir gerne mit Euch bei unserem Sommerseminar vom 19. - 20. September 2015 diskutieren.

Seminarinhalte:

- Die herrschenden Verhältnisse in der Krise? Welche Krise(n)?
- Bürgerliche oder direkte Demokratie?
- Kapitalistische oder bedürfnisorientierte Wirtschaft?

Weitere Infos und Anmeldung bei RSB Rhein-Neckar,
Postfach 102610,
68026 MA,
Tel./Fax: 0621/1564046,
Email: rheinneckar@rsb4.de

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- SA, 4. 07. 2015, 11.00 UHR, PARADEPLATZ, SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG ZU GRIECHENLAND
- FR, 17.07.2015, 20.00 Uhr, „MELTEM – DIE MUSIK DER SOMMERWINDE DES ÄGAISCHEN MEERES“, DAS HAUS LU
- FR, 24.07.2015, 19.00 UHR, DISKUSSIONS- UND FILMABEND ZU „FOLGEN DES FREIHANDELS“, CAFE FILSBACH MA
- SA, 29.08.2015, 14.30 UHR, FAHRT ZUM FEST DES BAUERNKRIEGSMUSEUMS IN NUSSDORF
- 19./ 20.09.2015, SOMMERSEMINAR „ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISMUS“